Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 5

Artikel: Wie weit geht es in der CSSR?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076505

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 5 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 6. März 1968

In dieser Nummer

Ende «friedliche Koexistenz»? 2/3
Terminologische Absage an einen im eigenen Lager missverständlich gewordenen Begriff.

Malaise der Jugend in Bulgarien 4
Mit alten Methoden gegen neue Erscheinungen.

Titos «Gegenkonferenz» 6
Belgrad sucht breitere Basis als Budapest.

Prager Frühling 7
Aussere Zeichen eines inneren Wandels, von einem Augenzeugen beobachtet.

Briefe 11
Dialektik um Südafrika und das Baltikum.

Wie weit geht es in der CSSR?

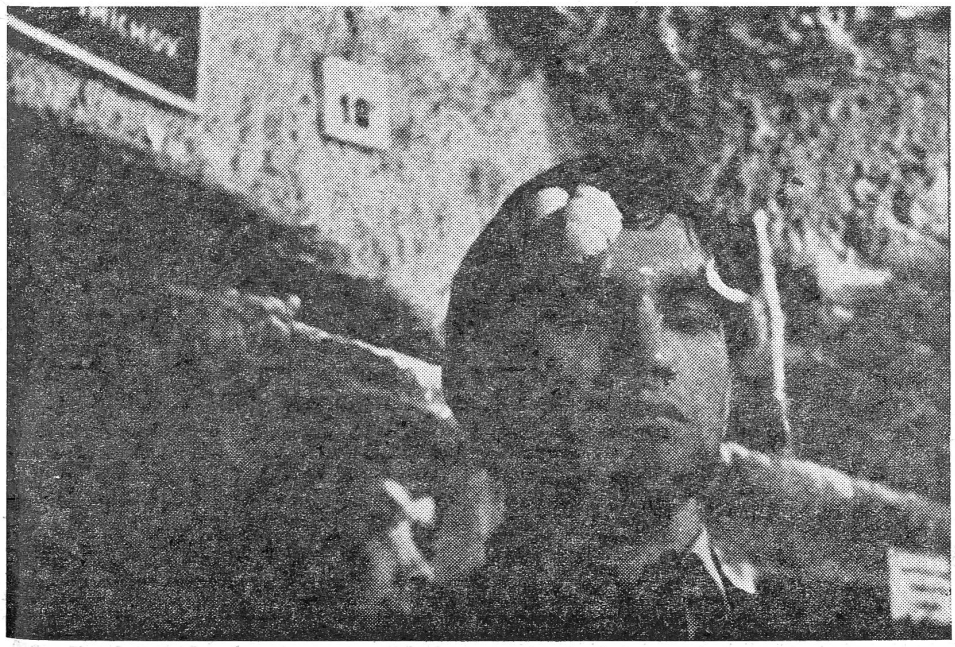
Noch ist in der Tschechoslowakei die «Aera Dubcek» nicht einmal die berühmten hundert Tage alt. Aber sie hat in den ersten zwei Monaten ihres Bestehens schon mehr gehalten, als man sich von ihr versprochen hatte. Dabei war das angesichts der antistalinistischen Vorzeichen des Neubeginns gar nicht wenig gewesen.

Indessen ist mit einer Feststellung zu beginnen, die einschränkenden Charakter hat: Die Veränderungen in der CSSR sind interner Natur und berühren die Aussenpolitik des Landes nicht. Die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zum «sozialistischen Lager» und insbesondere ihre Treue zur Sowjetunion stehen überhaupt nicht zur Diskussion. Dies ist um so auffälliger, als sonst so ziemlich alles zur Diskussion steht. Das aussenpolitische Tabu aber ist intakt. Man hat sich sogar beeilt, den Ladenhüter der volksdemokratischen Zeiten aufzupolieren, der die Freundschaft mit der Sowjetunion zum «Prüfstein des proletarischen Internationalismus» deklariert. Ein Spruch, der als gängige Münze heute sonst nur noch in Ungarn zirkuliert, das ja mittlerweile in seine Satellitenrolle gegenüber Moskau zurückgefunden hat. Wie immer also die tschechoslowakische Entwicklung läuft, sie geht nicht den «rumänischen Weg».

Kein «zweites Rumänien»

Nun sind die gehäuften Treuebekenntnisse an die Adresse des Kremls (wie auch die etwas weniger gehäuften Solidaritätsbezeugungen gegenüber Ost-Berlin) gerade das richtige Mittel, um in der Zeit einer allgemeinen Restalinisierung Osteuropas sozusagen eine Entsowjetisierung der Machtstrukturen an die Hand zu nehmen, ohne massive ausländische Einmischung zu riskieren. Linientreue Aussenpolitik muss das Alibi für eine neue Linie in der Innenpolitik sein. In Rumänien war das seinerzeit ja anders gewesen. Mit nationaler Selbstbehauptung gegenüber der UdSSR hatten Gheorgiu-Dej und dann Ceausescu ihre Parteidiktatur gegenüber der damals aufkommenden «revisionistischen» Welle behaupten können. In der CSSR von heute muss die Einführung des Revisionismus mit Strammheit nach aussen erkauft werden. Sowohl Rumänien

(Fortsetzung auf Seite 8)



«Happening» in Prag. There was more happening upstairs.

Die Konferenz

Bis 1956 hatte die internationale kommunistische Bewegung einen stark zentralisierten Charakter aufgewiesen. In der Komintern (1919—1943) war den Parteien, welche nur als «nationale Sektion der Komintern» betrachtet wurden, sogar der unmittelbare Verkehr untereinander untersagt; das Statut erlaubte dies nur ausnahmsweise in den dringendsten Fällen, unter gleichzeitiger Information an das Moskauer Zentrum. Die Kominform (1947—1956) hatte nicht einmal ein Statut; die Moskauer Diktatur kam in der Form der unmittelbaren und groben Einmischung zum Ausdruck. Nach der Auflösung der Kominform gibt es kein Zentrum mehr, und im Sinne der Beschlüsse der Moskauer kommunistischen Konferenzen von 1957 und 1960 sind es ausschliesslich die internationalen Treffen, auf welchen die Probleme der Strategie und Taktik besprochen und für die ganze Bewegung bindende Beschlüsse gefällt werden dürfen. Immerhin wurde noch in den Beschlüssen beider erwähnten Konferenzen Moskau als Führungskraft der Bewegung anerkannt. Dieses Prinzip wurde in den 1962/63 angenommenen Statuten der kommunistischen Staatsparteien (Bulgarien, Tschechoslowakei, Ungarn, Ostdeutschland) direkt verankert. Nach dem Ausbruch der offenen Diskussion zwischen der KPdSU und der KP Chinas im Juli 1963 konnte jedoch Moskau keine internationalen Konferenzen einberufen, welche alle Parteien hätte zusammenschliessen können. Chruschtschew wollte dies.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Wie weit geht es in der CSSR?

(Fortsetzung von Seite 1)

als auch die CSSR haben ihren Vormarsch in Richtung auf Emanzipation mit einem Waffenstillstand auf einer Front abgesichert, aber eben nicht auf der gleichen. Rumänien emanzipierte international und stagnierte gesellschaftlich, die CSSR emanzipiert gesellschaftlich und stagniert international. Die Ungarn hatten 1956 gewaltsam an beiden Fronten zugleich vorgehen wollen. Trotz erheblich veränderter Umstände und anderer Voraussetzungen ist ihr Fall eine Warnung geblieben, die man in Prag wohl zu Recht beherzigt.

Die offene ZK-Diskussion

Somit geht es in der Tschechoslowakei um die interne Entwicklung. Natürlich kann man fragen, was denn eigentlich schon viel geschehen sei, ausser dass ein Parteifunktionär einen andern an der Spitze der KP abgelöst habe und eine teilweise neue Equipe ans Ruder komme, wie schon etliche Male gehabt. Genau diese Frage wird übrigens, so berichtet es uns die tschechoslowakische Presse, da und dort in der Bevölkerung gestellt, und es ist keinZufall, dass Parteikommentatoren heute diese Argumentation selbst ans Licht bringen, um ihr mit der Bejahung einer tiefergehenden Wandlung in der CSSR entgegenzutreten. Schon allein dieses Vorgehen ist psychologisch interessant, denn es schliesst ja einiges an Geständnis über die bisherige Praxis bei personellen Machtverschiebungen ein. Und es wäre gefährlich, auf diese Dinge öffentlich einzutreten, wenn man nicht die tatsächliche Absicht hätte, sie zu ändern.

Dieser Stil ist ausser Kraft gesetzt. Novotny mit Eskorte beim Besuch des CKD-Betriebes in Prag. Dubcek machte inzwischen die Visite ohne Geleit, ohne Anmeldung und ohne gepanzerte Limousine. (Siehe Seiten 6/7, «Prager Frühling».)

Zur Beglaubigung der Wandlung wird darauf hingewiesen, dass sie mit einem Novum einsetzte. Die vom Dezember- und Januarplenum des Zentralkomitees beschlossene Ablösung an der Spitze fand nämlich auf offene und demokratische Weise statt. Nichts weiter. Aber gerade weil dies nach allen Regeln der bisherigen Parteitabus die banalste aller Selbstverständlichkeiten sein sollte, wirkt sie als Sensation, wenn sie als Neuerung vorgestellt wird. Denn das schliesst die schlichte Feststellung ein, dass die Parteidemokratie in den letzten 20 Jahren nicht funktionierte. Und wenn man damit erstmals seit der Machtübernahme beginnen will, so ist das doch etwas Neues, auch wenn die Parteidemokratie noch nicht die Demokratie ist.

Nicht «Vervollkommnung», sondern «Umbau»

Mitte Februar veröffentlichte die parteiamtliche «Rude Pravo» einen Grundsatzartikel, in welchem unter anderem folgendes gesagt wurde:

«Der Widerhall, den die Tagung fand, hat eindeutig bestätigt, dass das Zentralkomitee durch seine Verhandlungen grosse Autorität gewonnen hat. Allgemein wird vor allem die ausserordentlich offene Diskussion gewürdigt, die kritische Art, wie das ZK alle Probleme erörterte, und auch die demokratische Weise, in der die Teilung der beiden höchsten Funktionen (d.h. der Partei- und Staatsführung) geregelt wurde. In der ganzen Partei wurde besonders begrüsst, dass das Zentralkomitee die erforderliche Kraft aufbrachte, seine eigene Arbeit zu überprüfen. Indem es bei sich selbst begann, hat es allen Parteiorganisationen eine Anregung gegeben ...

War es zu Beginn der Verhandlungen des ZK dessen erste Sorge, manche Hemmungen zu beseitigen, welche die Erfüllung der Richtlinien des 13. Parteitages behinderten, so stellte es sich dann im Verlaufe der Diskussionen immer deutlicher heraus, dass es um mehr geht: dass es überhaupt notwendig ist, die Bedingungen und die Grenzen der bisherigen Parteiarbeit einer Prüfung zu unterziehen, und zwar namentlich im ZK der Partei, ferner die Leitungstätigkeit in Staats- und Wirtschaftsorganen, das ganze System der gesellschaftlichen Leitung (!) ...

Es kann sich also nicht um eine blosse ‚Vervollkommnung' der bisherigen politischen Leitung handeln, sondern um ihren schrittweisen Umbau (!).»

Diese Töne sind in der Tschechoslowakei nicht neu. Gerade letztes Jahr waren die Forderungen, man möge endlich einmal mit der «Vervollkommnung» aufhören und dafür an eine Umwandlung gehen, sehr vernehmbar geworden. Nur galten die Leute, die sie damals erhoben, als Parteifeinde. Jetzt hat sich das ZK ihre Ansichten zu eigen gemacht.

Nun, wenn die Grundsätze der «leninschen Normen», der «sozialistischen Demokratie», des «demokratischen Zentralismus» und was weiss ich was an der bisherigen Praxis gemessen werden, so ist das schon etwas, ja schon viel. Aber bereits werden die Kriterien schon weiter gezogen.

«Unsere alten demokratischen Traditionen» ...

Da hat der Generalsekretär des tschechoslowakischen Presseverbandes, Adolf Hradecki, einen Artikel in der Journalistenzeitschrift «Reporter» veröffentlicht, in welchem er sich vornimmt, wie er sagt, die Ausdrücke «demokratisch» und «kritisch» zu untersuchen (was er später auch auf recht bemerkenswerte Weise tut). Doch zunächst begründet er sein Bedürfnis wie folgt:

«Ich unternehme dies deshalb, weil viele westliche Kommentatoren, die bis vor kurzem die Tschechoslowakei als Bastion des Stalinismus und Dogmatismus beschrieben hatten, wo jegliche demokratischen Grundsätze verneint würden, sich immer noch nicht von ihrer Ueberraschung erholt haben. Plötzlich haben sie erkannt, dass wichtige Veränderungen, die üblicherweise durch das Mittel der Gewalt herbeigeführt oder verhindert werden, sogar (!) in Ländern der sogenannt klassischen Demokratie, hier nun durch Mittel zuwege gekommen sind, welche die Güte der Partei und ihre Verbundenheit zur Demokratie, dann auch die völlige Stabilität der politischen Verhältnisse in der Republik bekunden. Anscheinend hatten sie die tief verwurzelten demokratischen Traditionen unserer Nationen (das heisst der Tschechen und Slowaken) und unserer Zivilisation vergessen. Sie hatten den demokratischen und kritischen Geist unserer Partei nicht verstanden.»

... haben sogar den Sozialismus überstanden

Man soll diese Stelle zweimal lesen. Abgesehen von der seelenruhig eingeräumten Voraussetzung, dass undemokratische Gewaltanwendung in den sozialistischen Staaten üblicher ist als in den kapitalistischen, was erscheint hier als Garantie für den kritischen und demokratischen Geist der Partei? Marxistische Grundsätze, leninsche Normen oder dergleichen? Keine Spur. Dafür aber die vorkommunistischen Traditionen der Demokratie. Und worin besteht in der Sicht des Autors, eines höheren kommunistischen Funktionärs, der Unverstand des Westens? Darin, dass er die Ueberlegenheit des Sozialismus zur Gewährleistung von Demokratie nicht einsehen will? Nein. Sondern darin, dass er ob der Praxis der letzten zwanzig Jahre vergessen hat, dass die früheren demokratischen Aspirationen der Tschechen und Slowaken in dieser geschichtlich kurzen Zeit nicht verschüttet werden konnten. Na, wenn *das* der Vorwurf an den Westen ist! Man müsste unsere lieben westeuropäischen Progressisten einmal fragen, was sie davon halten.

Und zur Bestätigung, dass der Autor ganz genau das meint, zitieren wir ihn noch etwas weiter:

«Ich wage die Behauptung, dass ein konsequenter kritischer Geist für uns so charakteristisch ist wie unser tiefes Gefühl für Demokratie, unser Verantwortungsbewusstsein für das Schicksal unserer Nationen und unserer Zivilisation. Das ist das Ergebnis einer Entwicklung von tausend Jahren. Diese Tatsache ist wiederum bekräftigt worden. Es hat sich gezeigt, dass die Kritik nicht

nur das Privileg gewisser Leute und ein formell anerkanntes demokratisches Recht ist, sondern eine positiv wirkende Kraft der Entwicklung, ein Mittel zur Lösung von Konflikten. Und es hat sich gezeigt, dass gemeinsame Standpunkte und echte Einheit gerade aus Meinungsverschiedenheiten heraus entstehen.»

In der Tschechoslowakei sind die Vergleiche frei geworden. Milan Huebl, Dozent an der Parteihochschule in Prag, schreibt:

«Die gegenwärtige Lage ist so, dass mehr als ein sozialistischer Staat bestrebt ist, eine Lösung zu finden, um die Schaffung eines sozialistischen Modells möglich zu machen, das nicht nur lebensfähig wäre, sondern auch den Vergleich mit den hochentwickelten Ländern des kapitalistischen Westens aushalten würde.»

Die grosse Diskussion: Welches Modell?

Die Summierung der Möglichkeitsformen dürfte klar machen, dass ein solches sozialistisches Modell gegenwärtig als nichtexistent betrachtet wird. Aber, und das ist natürlich die Frage, wo zielen die Bestrebungen zu seiner Schaffung hin? Und das eben wird in der Tschechoslowakei zurzeit diskutiert.

Gewiss und wiederum: Die Diskussion in der CSSR ist nicht von gestern. Die Liberalisierung gab es schon seit 1963, trotz aller gegenläufigen Sanktionen, trotz Parteiausschlüssen, Entlassungen und trotz einiger Verhaftungen und Verurteilungen wegen Meinungsdelikten. Neu ist etwas anderes: dass die vorgewusste, offizielle und allenfalls mit staatlichen Machtmitteln bekräftigte Unterteilung in «richtig» und «falsch» vielleicht noch nicht aufgehoben, aber doch wenigstens einstweilen suspendiert ist. Der auf Veränderungen erpichte Teil der Diskussionsteilnehmer steht nicht mehr zum vorneherein als partei- und volksfeindlich, als reaktionär, bourgeois und westlich beeinflusst da. Leute, wie die aufbegehrenden Schriftsteller Vaculik, Klima und Liehm sind zwar noch nicht als Parteimitglieder rehabilitiert (ihre Wiederaufnahme ist eine Frage der schicklichen Zeit), wohl aber als Gesprächspartner. Wichtiger aber ist noch, dass auch ihre Meinung im Sinne eines Diskussionsbeitrages rehabilitiert ist.

Nun ist also zur Debatte gestellt, wohin die Bestrebungen zur Schaffung eines demokratischen Modells hinzielen.

Diesmal sollen Lenins Normen auch eingehalten werden

Da gibt es zunächst eine überall betonte Empfehlung, die es an grundsätzlicher Vortrefflichkeit weniger fehlen lässt als an Originalität: Die konsequente Anwendung der leninschen Normen. Ja, ja, wer unter allen kommunistischen Machthabern hat sich nicht schon darauf berufen? Und selbst der Gedanke ihrer Wiederbelebung, der immerhin ihre zeitweilige Ohnmacht einschliesst, ist seit Chruschtschew nicht mehr neu. Mit gutem Willen könnte man ihn sicher sogar bei Ulbricht formuliert finden. Nichts weiter also als ein alter Spruch?

Man muss sich doch daran erinnern, dass auch eine abgedroschene Formel zuweilen ernst genommen werden kann. Unter der Voraussetzung, dass die bisherige phrasenhafte Verwendung erkannt und abgelehnt wird. Etwa so:

«Vom Augenblick an, da die Partei das einzige Subjekt der Macht wurde, begann die Nichteinhaltung der leninschen Normen.»

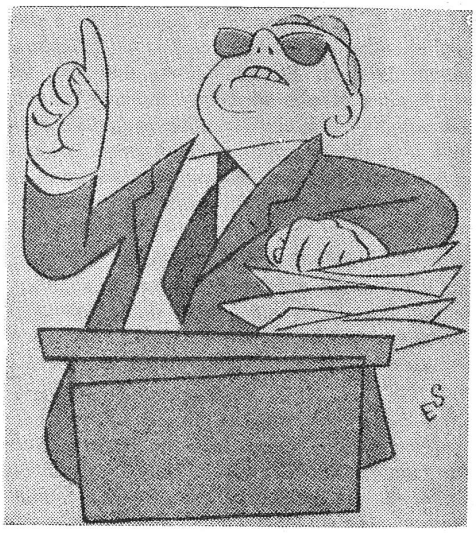
Der Satz wäre nicht weiter bemerkenswert, wenn er von Leuten stammen würde, die unsere neokonformistische öffentliche Meinung als «sture Antikommunisten» oder «kalte Krieger» einstuft. Aber als Aussage von tschechoslowakischer Parteiseite hat er doch Gewicht. Er stammt aus einem Interview, welches Akademiemitglied L. Szanto der ungarischsprachigen Zeitung «Uj Szo», Bratislava, gegeben hat. Das Zitat in seinem Zusammenhang:

«In der Vergangenheit wurden folgende leninsche Normen mehr oder weniger verzerrt: Das Verhältnis der Führer zu den Geführten, das Verhältnis des Individuums zum Kollektiv, die kollektive Führung, die Notwendigkeit der kommunistischen Disziplin, das Verhältnis der gewählten Organe zum Apparat, die Einheit der Partei, die wahrheitsgetreue Information der Massen. Vom Augenblick an, da die Partei das einzige Subjekt der Macht wurde, begann die Nichteinhaltung der leninschen Normen, weil in der Partei die sozialistische Demokratie nicht genügend zum Ausdruck kam.»

Wir wollen nicht um die Frage rechten, ob die leninschen Normen wirklich so tadelsfrei waren, dass alle spätere Praxis nur durch ihre Nichteinhaltung zu erklären wäre. Wenn diese Normen heute aus Ueberzeugung oder Scheinheiligkeit wörtlicher genommen werden, als sie Lenin unserer Vermutung nach gemeint hat, soll uns das schliesslich nur recht sein. Die beste Möglichkeit, gegen eine tabuisierte Lehre anzugehen, besteht noch immer darin, sich konsequent auf ihre Grundsätze zu berufen.

Aber noch etwas anderes kommt hier (und anderswo, denn die Beispiele liessen sich vermehren) zum Ausdruck: Eine Akzentverschiebung im Begriff der «sozialistischen Demokratie». Früher galt (was im übrigen Osteuropa nach wie vor und jetzt noch mehr als gestern gilt), dass sich die Demokratie an die Regeln des Sozialismus zu halten habe. Jetzt wird in der CSSR wenigstens gefordert, dass sich der Sozialismus an die Regeln der Demokratie zu halten habe. Zwischen diesen beiden Versionen liegt, wenn man darüber nachdenkt, ein ganz gewaltiger Unterschied. Auch wir in Westeuropa werden ihn wahrscheinlich noch einmal schätzen lernen, wenn wir erst unsere Erfahrungen mit der Version I hinter uns haben, auf die wir mit progressiver Progressivität hinsteuern.

Eine ähnliche dialektische Spritze erhält der sonst so ausgelaugte Begriff des «demokratischen Zentralismus». Im gleichen Interview für «Uj Szo» meint Szanto, übrigens unter spezieller Berufung auf den neuen Parteichef Dubcek, laut den leninschen Normen und entgegen der bisherigen Praxis liege im demokratischen Zentralismus das Hauptgewicht auf der Demokratie. Abgesehen davon, dass das nicht stimmt, weil schon Lenin nur den Zentralismus handhabte und die Demokratie eine gute Sache sein liess (was etwa von einem Lukacs sowohl eingeräumt als auch durch die besonderen Umstände des damaligen Kriegskommunismus gerechtfertigt wird), ist diese falsche Auslegung der heiligen Texte natürlich hocherfreulich, weil sie diesmal nicht zur Gewinnung

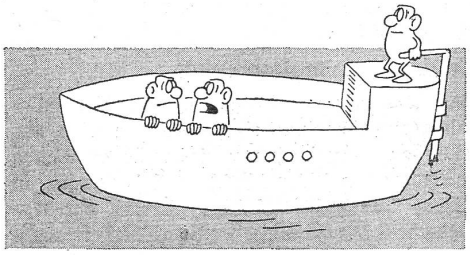


«Genossen! Man sollte ein Zitat von Lenin gegen das überflüssige Zitieren der Klassiker finden.» («Dikobraz», Prag)

der leichtgläubigen Andersgläubigen ausgespielt wird, sondern zur Widerlegung der allzu Rechtgläubigen. Die «Dogmatiker» können ja nicht gut replizieren, dass es Lenin mit seinem Bekenntnis zur Demokratie nicht so ernst gewesen sei. Wenn ein Mythos einmal feststeht, erweist sich seine gesellschaftliche Nützlichkeit oder Schädlichkeit in der Hauptsache aus dem, was man daraus macht.

Wo ist die Garantie?

Bisher haben wir uns namentlich mit der inhaltlichen Ueberprüfung der Parteiterminologie befasst, wie sie heute in der Tschechoslowakei stattfindet. Die gegenwärtig tonangebende Auslegung gestattet ein breiteres Ausmass an Demokratie und insbesondere ein bisher nicht gekanntes Ausmass an Gedankenfreiheit. Wie aber sollen diese Errungenschaften ausgebaut oder auch nur verteidigt werden, wenn wieder eine andere Auslegung massgebend werden sollte? Skepsis ist da nur zu berechtigt, wenn man etwa daran denkt, was aus den Verheissungen des «polnischen Oktobers» oder aus der Losung Kadars «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns» geworden ist. Ungarn macht eine schleichende und Polen eine akute Restalinisierung durch, weil die vorhergehende Liberalisierung nicht abgesichert war und deshalb durch den blossen Willen der Machthaber wieder rückgängig gemacht werden konnte.



Diese Karikatur ist ein Jahr alt: «Allmählich glaube ich, dass es gleich ist, wer am Ruder steht.» («Dikobraz», Prag.) Inzwischen besteht die Möglichkeit, dass der neue Steuermann das Ruder repariert.

Es geht also um die Frage der Garantie. Sie ist auf Grund der vorhandenen Strukturen in der Tschechoslowakei sowenig gegeben wie in andern kommunistischen Staaten. Aber, und das ist wichtig, das Manko wird empfunden. Und von hier aus zeigt sich ein Bedürfnis nach demokratischen Einrichtungen ohne dialektische Ausdeutungen, nach demokratischen Einrichtungen, die auch nach unserem Begriff diesen Namen verdienen würden.

Wir wollen mit einer Stelle beginnen, die zwar die Frage noch nicht mit der grösstmöglichen begrifflichen Härte stellt, aber dafür von offiziösem Gewicht ist. Es handelt sich um den schon erwähnten Grundsatzartikel von «Rude Pravo». Hier steht:

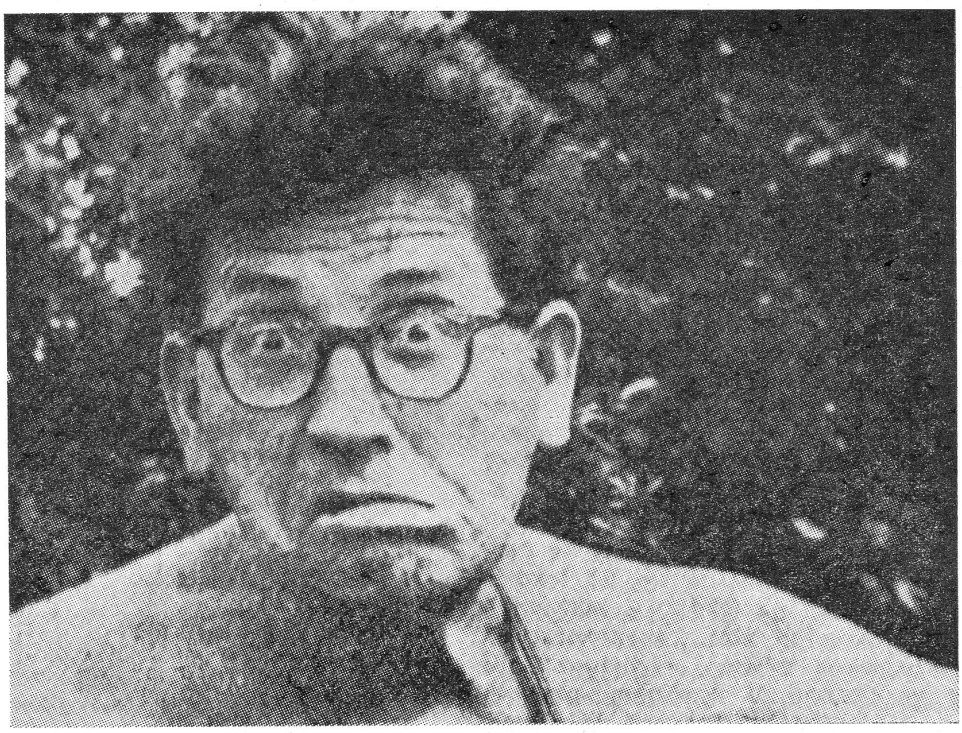
«Eine der wichtigsten historischen Lehren unserer Entwicklung muss die Tatsache sein, dass dort, wo der Sozialismus die Pflicht vernachlässigt, Garantien der Demokratie zu geben, wo sich der Sozialismus nicht zutiefst mit der Idee der Freiheit des werktätigen Menschen und seinen unveräusserlichen Rechten verbindet, wo die Gesetzlichkeit ausser acht gelassen und eine Verletzung der Gesetze zugelassen wird, es notwendigerweise zur Diskreditierung der grossen Ideale des Sozialismus kommt. Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Ideale nicht ausserhalb der menschlichen Praxis existieren und dass nur daraus, wie sich diese Praxis selbst mit eigenen Schwächen auseinanderzusetzen vermag, statt ihnen zu erliegen, die Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus entspringt. Darum können wir uns auch gar nicht anders von den Fehlern der Vergangenheit distanzieren, als dass wir sie nicht nur verurteilen, sondern auch alles tun, um sie für die Praxis ‚vergessen' zu machen, alles tun, um sie durch eine neue Praxis zu überwinden. Wenn das, was uns ständig an einen überwundenen Zustand bindet, andauert, gibt es auch kein Vertrauen in neue Proklamationen.»

Das wird anschliessend am konkreten Beispiel der Rehabilitierungen von Opfern des Stalinismus erläutert, ein wegen seiner Verflechtung in die Gegenwart besonders heikles Thema:

«Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle Fälle der Willkür und der Verletzung der Gesetzlichkeit gegenüber aufrichtigen Genossen und Bürgern geprüft wurden, dass die Rehabilitierungen aus den Jahren des Personenkults nicht völlig abgeschlossen wurden. Wenn wir nun die Grundsätze einer tiefgreifenden Demokratisierung verwirklichen wollen, müssen wir auf diese Dinge, so unangenehm sie auch jemandem (eine wohl eindeutige Anspielung auf den amtierenden Staatspräsidenten Novotny) sein mögen, zurückkommen und wirklich schon einmal gutmachen, was noch gutzumachen ist.»

«In der Gewaltentrennung!»

Das Leitmotiv zur Forderung nach Institutionalisierung demokratischer Garantien aber war schon zu Jahresbeginn vom bereits erwähnten Parteidozenten Milan Huebl gegeben worden. In seinem Beitrag für «Kulturny Zivot», der Wochenschrift des slowakischen Schriftstellerverbandes, hatte er Gewaltentrennung verlangt, und zwar offensichtlich auf der Linie der Grundsätze nichtkommunistischer Demokratien. Einige wichtige Stellen aus seinem manifestartigen Text folgen:



Ludwig Vaculik, der Rebell des letztjährigen Schriftstellerkongresses. Er und seine Kollegen haben Satisfaktion erhalten.

«Eine Gesellschaft, in welcher demokratische Garantien für jeden einzelnen Bürger fehlen, gleicht einem Bergsteiger, der grosse Höhen ohne Sauerstoffmaske zu erklettern sucht. Je dünner die Luft wird, desto träger werden seine Glieder, desto langsamer seine Bewegungen. Dem vorzubeugen braucht der Bergsteiger eine Sauerstoffmaske. Aber die Gesellschaft kann nicht ständig Hilfsmittel dieser Art verwenden. Vielmehr muss sie eine Atmosphäre schaffen, die normales Atmen gestattet.

Die ursprüngliche sozialistische Idee vom Aufbau einer Gesellschaft ohne staatliche Instanzen beruhte auf der Voraussetzung eines verhältnismässig raschen Uebergangs zu einer Gesellschaft dieses Typs, und daher schien es im Rahmen dieses Konzeptes nicht nötig, sich über eine Trennung der gesetzgebenden, der ausführenden und der richterlichen Gewalten Gedanken zu machen. Die Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, dass nur eine Teilung dieser drei Gewalten es ermöglicht, zumindest ein gewisses Mass an institutionell garantierter Kontrolle über den Mechanismus der Gesellschaft und seinen Ablauf auszuüben ...

Es kann im Geiste von Marx gesagt werden, dass es nicht genügt, dem guten Willen selbst der besten Führer zu vertrauen, oder zu erwarten, dass die Führer die geeignetsten Persönlichkeiten für das gegebene Amt sind. Die Geführten müssen immer über gewisse institutionelle Garantien verfügen, die ihnen gestatten, die Führenden auf natürliche Art zu wählen, eine ständige Kontrolle über sie auszuüben und sie jederzeit abberufen zu können.

Schliesslich überprüft eine Gesellschaft, die beispielsweise für die Sicherheit auf ihren Strassen sorgt, jedermann, der die Verkehrsregeln durchbricht ... Zweifellos sind aber die Fähigkeiten der Person, die an der Spitze dieser oder jener Institution steht, für das Leben der Gesellschaft ungleich wichtiger als psychische Mängel oder fehlende Geschicklichkeit eines Autofahrers.

Um so bedeutungsvoller ist es daher, dass die Gesellschaft darüber entscheiden kann, wem sie die Führung ihrer Geschäfte anvertrauen will. Sie muss imstande sein, die Tüchtigkeit derer, die das Steuer in der Hand haben ..., zu erproben; sie muss sie sofort ablösen können, wenn sich herausstellt, dass es sich um farbenblinde, geistig erschöpfte oder leichtfertige Führer handelt, und zwar nicht erst dann, wenn das Unglück schon geschehen ist. Der Organismus der Gesellschaft ist zu komplex, als dass er ohne Kontrolle in den Händen schwerfälliger Dilettanten belassen werden könnte.

Eines der Mittel, durch die die Gesellschaft sich äussern kann, ist die öffentliche Meinung; die Presse und andere Massenkommunikationsmedien stellen ihre wichtigsten Instrumente dar ...

Die Möglichkeit eines offenen Meinungsaustausches in der Presse, wie sie bestehen sollte, reicht allerdings nicht aus; gewisse gesetzliche und institutionelle Garantien sind ebenso wichtig. Die Erfahrung manches sozialistischen Landes hat zum Beispiel nach 1956 gelehrt, dass es nicht genügt, sich auf die bewährten oder auch nur scheinbar bewährten Qualitäten derjenigen zu verlassen, die sich an der Spitze abwechseln. Es wäre naiv, wollte man alle Hoffnungen auf die Qualität oder Arbeit eines einzigen neuen, ‚besseren' Führers setzen, ohne aus der früheren Praxis Schlussfolgerungen zu ziehen und ohne bestimmte institutionelle Garantien zu gewährleisten. Sollen weitere Enttäuschungen, unerfüllte Erwartungen und Träume vermieden werden, dann genügt es nicht, den einen Führer gegen einen anderen auszutauschen. Man muss untersuchen, inwieweit das Konzept und die Tätigkeit des früheren, nicht erfolgreichen Führers mangelhaft waren. Beschränkt sich allerdings dieser

Wechsel auf die oberste Spitze, wird kein neues Verfahrenskonzept gutgeheissen und folgt nicht ein ganzes System wirksamer Kontrollen und institutioneller Garantien, dann kann leicht der Fall eintreten, dass die neue Ordnung in alte Geleise und in eine Sackgasse gerät. Es ist Sache der Gesellschaftspolitik der Bewegung selbst oder der gesamten von diesem Wechsel betroffenen Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass nicht nur auf dem gleichen Schachbrett die Figuren anders gestellt werden, sondern dass ein neues Spiel beginnen kann. Je stärker die demokratischen Traditionen eines Landes und je grösser die Zahl der aktiven Glieder einer Gesellschaft, die nicht blosse Objekte der Geschichte sein, sondern eine mitbestimmende Rolle spielen wollen, desto geringer die Gefahr, dass anstelle von einschneidenden Veränderungen des gesamten Konzeptes nur Schönheitsoperationen vorgenommen werden. Die 120 Jahre alte Geschichte des Sozialismus ist reich genug an Ideen und Beispielen, um zu verhindern, dass bei diesen Veränderungen nur die Oberfläche berührt wird.»

Weg mit der Verfassungslüge!, sagt Genosse Minister

Huebl wurde wenig später in der gleichen Zeitschrift von Gustav Husak sekundiert (siehe KB Nr. 3, Seite 5), und anfangs Februar forderte dann bereits ein Minister und ZK-Mitglied, Josef Smrkovsky, dass eine klare Trennungslinie zwischen den Kompetenzen der Partei, der Verwaltung und der Interessengruppen gezogen werde. Die Regierung müsse volle Verantwortung für die Regelung der Staatsangelegenheiten haben, in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien der Parteikongresse (die in der Regel alle vier Jahre stattfinden). Die Partei müsse aufhören, sich in die Aktivitäten der Regierung einzumischen, einer Behörde, die verfassungsgemäss der Nationalversammlung verantwortlich sei. Wenn das Parlament mit der Arbeit der Regierung oder einzelner Minister nicht einverstanden sei, bestehe kein Grund, von einer Vertrauensabstimmung abzusehen.

Nun sieht die geltende Verfassung wohl vor, dass die Nationalversammlung die höchste Staatsgewalt innehat, gleichzeitig aber auch, dass die Kommunistische Partei die führende Kraft des Staates darstellt. Und die geltenden Parteistatuten bestimmen ausdrücklich, dass die Partei die Tätigkeit der Nationalversammlung «leitet und kontrolliert».

Smrkovsky berührte diese Schwierigkeiten mit der Bemerkung, falls die Verfassung in diesen Punkten unklar sei, müsse sie eben entsprechend geändert werden.

Ex-Dogmatiker redet Fraktur

Die direkteste Formulierung aber dürfte Jaroslav Sabata gefunden haben, ein Dozent an der Universität Brno/Brünn, der bis 1965 als ausgesprochener Dogmatiker gegolten hatte. In einem Radio-Interview sagte er:

«Das Regieren ist Sache der Regierung. Eine Partei hat nicht zu regieren, auch dann nicht, wenn sie die Kommunistische Partei ist. Die Kommunistische Partei ist die herrschende Partei, oder kann es sein, aber nicht die Regierung. Die Partei ist mit den Behörden und Institutionen nicht identisch, welche regieren oder regieren sollten. Auch vertritt die Partei nicht alle Bürger. Wenn wir sagen, dass sie führt oder den Anspruch erhebt (!), die führende Kraft zu sein, folgt daraus noch keineswegs, dass sie automatisch alle Staatsbürger vertritt ... Die Staatsbürger werden durch ihre Vertretungsorgane vertreten.»

Das ist das Feld der Diskussionen in der Tschechoslowakei. *cb*

Briefe

Afrikanische Reminiszenzen

(Zu KB, Nr. 4)

In meinem Afrika-Artikel hat sich durch Uebersetzung eine sinnverändernde Stelle ergeben: «In Südafrika mögen die Chancen einer Evolution vorbehalten sein; in Rhodesien sehe ich keine solche Chance». Tatsächlich aber ging es mir darum, folgenden Unterschied klarzumachen: In Südafrika haben die Weissen eine Chance, ihre weisse Lebensart in die Zukunft hinüberzuretten (u.a. weil sie relativ zahlreich sind). In Rhodesien aber haben sie diese Aussicht kaum, denn Rhodesien muss schon auf Grund seines zahlenmässigen Bevölkerungsverhältnisses schliesslich ein völlig schwarzafrikanisches Land werden.

Ian Tickle

Er (Ian Tickle) möge sich doch einmal überlegen, was wir Schweizer tun würden, wenn wir die 3 Millionen Weissen in Südafrika wären gegenüber 11 Millionen Schwarzen. Wir, die wir unsere Schweizer Kultur schon bedroht fühlen durch 15 Prozent Gastarbeiter, die doch auf einem zehnmal höheren Niveau stehen als die Schwarzen. Von solch neutralem Standpunkt aus muss man berichten, wenn der Bericht einen Wert haben soll. *Sch*

Von einem neutralen Standpunkt aus, scheint mir, müsste der Vergleich ein bisschen andersherum gezogen werden. Was würden wir Schweizer sagen, wenn uns 15 Prozent Gastarbeiter in Reservate einweisen wollten, wie das die Weissen in Südafrika mit der afrikanischen Bevölkerung getan haben? Red. KB (cb)

Der Buchtip

(Fortsetzung von Seite 5)

bereits bei den Gegensätzen, die zwischen den Einzelbauern und den Kooperativen entstanden. Es stellte sich nämlich heraus, dass die Einzelbauern — meistens sogenannte Mittelbauern — wesentlich rentabler wirtschafteten als die Genossenschaften, was natürlich deren Ruf nicht zuträglich war».

Neben diesen zwei Eckpfeilern der chinesischen Wirtschaft behandelt Grossmann auch alle Arten des Verkehrswesens, den Aussenhandel, die Finanzwirtschaft und die verschiedenen Entwicklungsprobleme des Landes. Ein besonderer Teil ist den Volkskommunen und deren Bedeutung sowie den Beziehungen zu der Sowjetunion gewidmet. Im allgemeinen ist dieses Werk eine wichtige Informationsquelle für alle jene, die sich für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Chinas interessieren. In dieser Beziehung sind die genauen Quellenangaben und die 58 statistischen Tabellen von grosser Bedeutung. *E.S.*

Annexionen auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes

(KB, Nr. 4, «Das Schicksal der baltischen Staaten»)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat vor einiger Zeit erklärt, dass sie den Münchner Vertrag über die Zerstückelung der Tschechoslowakei für richtig halte.

Es wäre an der Zeit, dass sowohl Moskau als auch Bonn gemeinsam erklären würden, dass sie das Zustandekommen der beiden Geheimabkommen, durch die das sozialistische Russland und das nationalsozialistische Deutschland den osteuropäischen Raum im Stile der imperialistischen Staaten des 19. Jahrhunderts in «Einflussspähren» unter sich aufteilten, bedauerten und die Abkommen für null und nichtig erklärten.

Der Bonner Regierung kann nicht vorgeworfen werden, dass sie von den erwähnten Geheimabkommen noch heute profitiere. Dagegen beharrt Moskau nach wie vor auf allen Annexionen, zu denen ihm der Hitler-Stalin-Pakt verhalf. *A.G.*

Der Kommentar

Die Aburteilung einer Gruppe prosowjetischer Parteifeinde in Havanna (siehe letzte Nummer unsere Auszüge aus dem Bericht Raul Castros) ist schon mehr als eine blosse Trübung des sowjetisch-kubanischen Verhältnisses. Dieses war schon früher durch ein abwechslungsreiches Auf und Ab gekennzeichnet gewesen, das jedenfalls keine geruhsame Harmonie aufkommen liess. Aber seit zwei Jahren hat es sich nur verschlechtert, und der jetzige Tiefpunkt steht in einer Linie mit aufeinanderfolgenden Indizien, welche die castristischen Revolutionsbestrebungen der sowjetischen Grossmachtpolitik gegenüberstellten.

Wenn Kuba der UdSSR ihren Handel mit den lateinamerikanischen Oligarchien und ihre Beziehungen mit den USA vorwirft, wenn es die prosowjetischen KPs in Venezuela und anderswo beschuldigt, die Sache der Revolution zu verraten, so ist das schon gewichtig. Wenn es darüberhinaus kubanische Bürger für Kontakte mit sowjetischen Vertretern bestraft, ist die Solidarität zwischen den beiden Nationen nicht nur in der Theorie der besten Art von Revolution auf die Probe gestellt, sondern auch in der Praxis des alltäglichen Zusammenlebens.

Kuba bleibt auf die sowjetische Wirtschaft angewiesen, und die UdSSR kann es sich politisch nicht leisten, ein so beglaubigtes revolutionäres Regime fallen zu lassen. Dieses «Gleichgewicht» rettet die zwischenstaatlichen Beziehungen. Aber in Moskau hätte man immer mehr Grund, den Tag zu fürchten, an dem die ganze Welt «sozialistisch» geworden sein wird. *gg*